

VERTRAULICH

Seoul, 30. Dezember 1991

P.B. Nr. 11 - FN/FZ

Zum politischen Wandel auf der koreanischen Halbinsel

Es ist gut denkbar, dass 1991 im historischen Rückblick zu einem der wichtigsten Jahre der neueren Geschichte Koreas zählen wird. Tatsächlich sind in den vergangenen zwölf Monaten hier Entwicklungen in Gang gesetzt worden, welche noch vor kurzem lediglich in den Wunschvorstellungen von besonders wiedervereinigungswilligen Bewohnern im Süden der Halbinsel vorgeherrscht haben mögen, von realistisch denkenden Politikern und Wirtschaftsvertretern in diesem Zeitpunkt jedoch für undenkbar gehalten wurden. In der zweiten Jahreshälfte die bedeutungsvolleren Ereignisse konzentrieren sich auf diese Periode - sind symbolisch mehr Mauern zwischen dem Süden und dem Norden Koreas abgerissen worden, als dies während der 38 Jahre seit dem Ende des Koreakriegs der Fall war. Wiederholte Versuche beiderseits liessen es zwar vereinzelt Male zu einer minimalen Gesprächsbereitschaft kommen; jedoch langten diese Kontakte nie über die Behandlung rein technischer Fragen hinaus und liessen den Symbolwert des politischen Entspannungswillens, der nun zu erkennen ist, vermessen. Und angesichts der Bedeutung der Symbolik in den konfuzianistisch geprägten Ländern ist verständlich, dass sich ohne eine Lösung der formellen Problematik sicherheitspolitische Anliegen nur schwerlich regeln lassen.

Da sich die Geschehnisse in den letzten Wochen quantitativ und qualitativ gesteigert haben, drängt sich ein kurzer Ueberblick über die Sequenz der Ereignisse auf. Am 4. - 6. September 1990 trafen sich zum ersten Mal in der Geschichte des getrennten Koreas die Premierminister der beiden Ländern zu Gesprächen in Seoul, ein Treffen, das zwar zu keinen konkreten Ergebnissen führte, andererseits eine Reihe weiterer derartiger Gesprächsrunden einleitete und am Beginn des gegenseitigen Anerkennungsprozesses steht. Neben den drei Premierministerkonferenzen leiteten im vergangenen Jahr zwei Fussballspiele zwischen Nord und Süd einen ersten schüchternen Dialog auf dieser nicht-politischen, aber ebenso publikumswirksamen Ebene ein.

Das nun zu Ende gehende Jahr liess vorerst kaum weitergehende Erfolge im Bereich der Stabilitätspolitik erwarten. Die bisherigen Regierungstreffen in Seoul und Pjöngjang waren weiterhin erfolglos geblieben und abgesehen von der Bildung von nun gemeinsamen Sport-Mannschaften (im Ping-Pong und Juniorenfussball) keine Anzeichen für substantielle Aenderungen zu erkennen. Im Gegenteil: trotz des zunehmenden internationalen Drucks und des immer deutlicher werdenden Informationsstandes über den Aufbau eines Nuklearwaffenprogramms durch Nordkorea machte dieses keine Anstalten, den Forderungen nach dem Abschluss eines IAEA-Sicherheitsabkommens und den entsprechenden Inspektionen nachzukommen. Pjöngjang hängt die Erfüllung dieser Ansprüche im wesentlichen an bilaterale Verhandlungen mit den USA und eine Erklärung Washingtons betreffend den Abzug aller Nuklearwaffen aus Südkorea. Solche Bedingungen, welche die Anerkennung des Südens weiterhin verhindern sollten und



-2-

gleichzeitig den Beginn der Normalisierung der Beziehungen mit Washington bezweckten, waren zu diesem Zeitpunkt in jeder Beziehung inakzeptabel und konnten nicht aus der Patt-Situation hinaus helfen. Ende Mai begannen sich dann allerdings die Zeichen zu häufen, welche auf eine grundsätzliche Aenderung der politischen Ausrichtung Pjöngjangs hinsichtlich der Korea-Frage schliessen liess: der Norden erklärte sich bereit, auf seine frühere Position zurückzukommen und zwei getrennte UNO-Sitze zu akzeptieren. Ein Entschluss, der zweifellos durch die veränderte Lage im Sicherheitsrat und die Absicht Seouls beschleunigt wurde, andernfalls ein separates Aufnahmegesuch an die Organisation zu stellen. Am 17. September traten beide Koreas einzeln in die UNO ein.

Weiterhin offen blieb allerdings bis zu diesem Zeitpunkt die Frage der Lagerung taktischer Atomwaffen bzw. deren Entwicklung auf der Halbinsel. Die am 22. September erfolgte Erklärung Präsident Bushs über den Abbau der Bestände amerikanischer Nuklearwaffen in Europa und Ostasien und die kurz darauf von Präsident Roh abgegebene, präzisierende Erklärung betreffend Südkorea brachte jedoch einiges in Bewegung. Am 22. Oktober trafen sich der süd- und nordkoreanische Ministerpräsident zur 5. Gesprächsrunde, welche zur allgemeinen Ueberraschung - selbst der südkoreanischen Verhandlungsdelegation - zu einem ersten Erfolg führte, indem beide Seiten beschlossen, ein Abkommen über "reconciliation, nonaggression, exchanges and cooperation" abzuschliessen. Bereits während der 6. Konferenz am 12. Dezember kam es dann - nochmals eher unerwarteterweise - zur Paraphierung dieser Uebereinkunft, welche bereits im Februar des neuen Jahres ratifiziert und damit in Kraft gesetzt werden soll. Auch wenn der Vertrag noch mit realem Inhalt gefüllt werden muss, was verschiedenen, dazu vorgesehenen gemischten Kommissionen obliegen wird, und damit seine konkrete Tragweite noch nicht endgültig zu erfassen ist, kann er in seiner Bedeutung für Korea durchaus mit dem deutschen Grundsatzvertrag verglichen werden. Noch nie seit dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom war eine Versöhnung und damit wohl längerfristig auch eine Wiedervereinigung von Süd und Nord greifbarer, noch nie die Chancen auf ein rasches Aufbrechen der während Jahrzehnten erstarrten Fronten so gross gewesen.

Der einzige Wermuthstropfen, den das Abkommen enthält, lag für den Süden darin, dass sich Pjöngjang trotz aller Konzilianz geweigert hatte, in das Dokument auch eine Regelung für die Denuklearisierung aufzunehmen. Ueberhaupt hätte der Norden trotz der unmissverständlichen Signale aus Washington und Seoul bis Mitte Dezember diesbezüglich keinerlei Konzessionsbereitschaft erkennen lassen. Erst als Präsident Roh am 18. Dezember den Abschluss des Abzugs aller Nuklearwaffen aus Südkorea verkündete und dies indirekt auch von Vertretern der US-Administration bestätigt wurde, zeigte sich Nordkorea bereit, auch seine diesbezüglichen Vorbehalte fallen zu lassen. In einer

-3-

Veröffentlichung vom 23. Dezember begrüsst Pjöngjang den neuen Sachverhalt und erklärte sich zum nun noch unausweichlicher gewordenen Abschluss eines Safeguard-Abkommens bzw. der Durchführung von Inspektionen bereit, allerdings-einmal mehr- unter der Bedingung, dass der Abzug von Washington offiziell bestätigt wird (eine weiterhin unerfüllbare Forderung, da die USA gemäss gängiger Politik keine derartigen Erklärungen abgeben). In Seoul wird jedoch dieser Vorbehalt keineswegs mehr als grösseres Hindernis für die Fortsetzung des ständig an Dynamik gewinnenden Prozesses betrachtet. Die Gespräche einer eigens für den nuklearen Themenbereich gebildeten Nord-Süd-Kommission wurden am 26. Dezember plangemäss aufgenommen und Seoul erklärte gleich zu Beginn seine Bereitschaft, für den Fall eines endgültigen Einlenkens des Nordens in der Inspektionsfrage diejährlich gemeinsam mit den USA durchgeführten "Team-spirit" Uebungen, welche die umfangreichsten Manöver in Asien darstellen, einzuschränken oder sogar ganz einzustellen, was ebenfalls einer alten Forderung des Nordens entspricht. Letzterer scheint allerdings noch zu zögern, mit dem Süden ein Uebereinkommen in diesem Bereich einzugehen, da es sich, seiner Ansicht nach um eine Angelegenheit handelt die zwischen Nordkorea und der IAEA und nicht auf bilateraler Ebene (zumindest nicht mit dem Süden) besprochen werden sollte. Andererseits scheint Pjöngjang bereit zu sein, durch eine separate Uebereinkunft mit Seoul gegenseitige Inspektionen einschlägiger Anlagen durchzuführen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt und es ist angesichts der grundsätzlich Aufbruchstimmung nicht auszuschliessen, dass beide Seiten auch auf diesem Gebiet genügend politischen Willen aufbringen, um einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Die Frage nach der Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Korea bleibt weiterhin offen, auch wenn mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass die Kontakte künftig vor allem auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet weiterhin vertieft werden. Die südkoreanischen Industriekonzerne rüsten sich bereits für erste Pioniertaten und nach dem eher zweifelhaften Sektenführer und Tycoon Moon beabsichtigt auch Chairman Kim von Daewoo, in einigen Wochen von Präsident Kim Il-sung empfangen zu werden.

Hinter der koreanischen Tauwetterperiode stehen sicher zwei ausschlaggebende Gründe. Der eine ist - längerfristig - im Demokratisierungsprozess im Süden zu sehen, welcher zu einer offeneren Haltung gegenüber anderen Sozialordnungen und damit zur Normalisierung der Beziehungen mit einer Vielzahl ehemals kommunistischer Staaten geführt hat. Damit gelang es Seoul, in Ländern wie der Sowjetunion politische Sympathien zu schaffen, welche, zusammen mit der wirtschaftlichen Attraktivität Südkoreas, diese Regimes schon vor deren Sturz für den Süden einnahm. Nordkorea geriet dadurch in eine zunehmende politische Isolation, welche wohl insbesondere durch den Verlust des Hauptpartners Sowjetunion auch vermehrt wirtschaftliche

- 4 -

Probleme mit sich brachte. Ob dadurch bedingt oder lediglich beschleunigt, es wird immer deutlicher, dass offenbar in Pjöngjang innerhalb dieses Jahres ein Prozess der Machtübergabe von Kim Il-sung an dessen Sohn Jong-il eingeleitet worden und damit höchstwahrscheinlich auch ein deutlicheres Verständnis der Auswegslosigkeit der bisherigen Politik aufgekommen ist. Da die Stellung Jong-ils allerdings in Zukunft noch einige Herausforderungen ausgesetzt sein dürfte, steht die Konstanz der in den letzten Wochen festgestellten Entspannungshaltung Nordkoreas noch keineswegs fest.

Der Schweizerische Botschafter

(W. Fetscherin)

nach Diktat verreist sig. Hagmann

Kopie geht an: EDA, Politische Direktion
EDA, Politische Abteilung II
Schweiz. Botschaft, Peking
Schweiz. Botschaft, Washington
Schweiz. Botschaft, Moskau
MG B. Sandoz, NNSC, Panmunjom